

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Tel. ex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Willy Brandt zum Tod von Juri Andropow: Das sowjetische Staatsoberhaupt war sich seiner Verantwortung für den Frieden bewußt. Seite 1

Walter Polkehn MdB bewertet seine jüngsten Warschauer Gespräche und Eindrücke: Polen vor der Wende? Seite 2

Ingrid Wettig-Danielmeier MdL zu ihrer Spitzenbegegnung in der DDR: Frauen im anderen deutschen Staat. Seite 3

Helmut Rohde MdB erinnert aus gegebenem Anlaß an die sozialpolitischen Vorstellungen von Professor Schellenberg: Mut zur Sozialreform. Seite 5

### Dokumentation

Heinz Pützrath, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AVS), sprach am Freitag auf einer Gedenkveranstaltung der österreichischen Widerstandskämpfer ein Grußwort. Seite 7

39. Jahrgang / 30

10. Februar 1984

Andropow war sich seiner Verantwortung für den Weltfrieden bewußt

Zum Tod des sowjetischen Staatsoberhauptes und Generalsekretär der KPdSU

Von Willy Brandt  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Tod des Generalsekretärs der KPdSU, Juri Andropow, löst - auch wenn er nach langer Krankheit nicht überraschend kam - tiefe Betroffenheit aus. Und ich bedanke denen, die in der Sowjetunion Verantwortung tragen, meine aufrichtige Anteilnahme.

Andropow hatte sein Amt in einer Zeit gefährlicher Spannungen übernommen. Er hat sich bemüht, mit eigenen Vorschlägen zur Lösung der internationalen Probleme beizutragen. Trotz der nur kurzen Amtszeit hat er deutlich machen können, daß er sich seiner Verantwortung für den Weltfrieden bewußt war.

Gerade weil die weltweiten Anstrengungen, zu einer Beendigung des Wettrüstens zu gelangen, bislang erfolglos geblieben sind und die Gefahren andauern, ist zu hoffen, daß durch den Tod Juri Andropows keine Zeit der Ungewißheit über die künftige Politik der Sowjetunion entsteht. Mehr denn je kommt es heute darauf an, daß die beiden Weltmächte im Interesse des Weltfriedens zu einer Politik der Zusammenarbeit finden, nicht in der Konfrontation verharren.

+ + +

Verlag:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10/217  
5300 Bonn 2

Verlag für Umwelt  
und Verbraucherpolitik  
Regierungspapier



Auch Polen vor einer Wende?  
-----

## Eindrücke von einem Warschau-Besuch

Von Walter Polkehn MdB

Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Diese Frage drängt sich auf, wenn man, wie ich, in den letzten Tagen in Polen war, viel gesehen und eine Vielzahl von Gesprächen geführt hat.

Ich habe immer gesagt, daß der Mensch, voran die Amerikaner, ihre Sanktionspolitik eines Tages bitter bereuen werden. Leider hat sich diese Einsicht bei ihnen noch nicht durchgesetzt, sodaß eine weitere Verschlechterung des politischen Klimas befürchtet werden muß.

Die Bundesregierung, die diese Entwicklung stoppen könnte, ist offenbar nicht gewillt, ihre Zurückhaltung gegenüber Polen aufzugeben. In Polen wächst mehr und mehr der Eindruck - und dies nicht nur bei den Regierenden, sondern auch bei den Bürgern - daß die Koalitionsregierung Kohl/Genscher die Vertragspolitik der sozialliberalen Koalition aushöhlen könnte. Ein gefährliches Unterfangen für die Entspannungspolitik.

Man muß für diese Sorge der Polen Verständnis aufbringen, verfolgt man die Kette von Äußerungen führender Unionspolitiker wie der Herren Zimmermann, Windelen und Mertes. In diesem Zusammenhang ist die Schweigsamkeit des Außenministers Genscher bedenklich. Von ihm hätte längst ein klärendes Wort kommen müssen.

Polen wird nun, so schwierig das auch ist, seinen Weg alleine gehen müssen. Den Weg großer Enttäuschung über den Westen. Der Stolz der Polen - da bin ich ganz sicher - wird bald weitere Antriebskräfte mobilisieren, die schwierige Wirtschaftslage zu verbessern und damit die innenpolitische Lage zu stabilisieren. Deutliche Anzeichen sind nicht zu übersehen. Die PVAP hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Sie hat neues Selbstbewußtsein erlangt und hofft auf ein respektables Wahlergebnis bei den Gemeinde- und Woiwodschaftswahlen im Juni.

"Pron", die Bewegung zur nationalen Erneuerung Polens, eine überparteiliche Bewegung, erhält langsam aber stetig Zulauf aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Arbeiterselbstverwaltung wagt die ersten Schritte zur konstruktiven Beteiligung an der Wirtschaftsreform. Auch die neuen Gewerkschaften konzentrieren sich - im Gegensatz zu Solidarnosc, die sich mit ihren auf gesamtgesellschaftliche Veränderung zielenden Aktivitäten übernommen hat - auf die Arbeit in den Betrieben. Dies nicht ohne Erfolg, die Mitgliederzahl ist annähernd auf vier Millionen gestiegen. Wir sollten sie ernst nehmen.

Der durch die innenpolitischen Verhältnisse der Jahre 80/81, aber vor allem auch durch die Wirtschaftssanktionen des Westens verursachte katastrophale Niedergang der polnischen Wirtschaft ist gestoppt. Für 1983 war sogar wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Wenn der Westen wollte, könnte er durch gezielte wirtschaftliche Hilfe, die keinen übermäßig großen Kreditbedarf erforderlich macht, diesen Prozeß zum Nutzen der Menschen beschleunigen. Hans-Jürgen Wischniewski hat dies sehr überzeugend zum Ausdruck gebracht.

Das schnelle "Nein" des Bundeswirtschaftsministers ist voreilig, wie der Vorwurf, Polen käme seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nach. Wie soll Polen seine Kredite zurückzahlen, wenn zuvor die Grundlagen dafür durch die Anktionspolitik zerstört worden sind. Wer wirklich helfen will, kann dies nur über vernünftige und machbare zusätzliche Wirtschaftsabkommen tun. Die lobenswerten privaten Hilfsaktionen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Polen braucht Rohstoffe, Ersatzteile und Komponenten für die Industrieproduktion.

Will der Westen dies nicht einsehen, muß Polen seine Westpolitik überdenken. Die Enttäuschung ist dort schon recht groß. Ein solcher Weg kann aber nicht in unserem und nicht im Interesse der Entspannungspolitik liegen.

Noch will Polen den Dialog mit der Bundesregierung. Wie lange noch?

(-/10.2.1984/ks/rs)

+ + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Frauen in der DDR  
-----

Eindrücke von einer Diskussion mit führenden Politikerinnen des anderen deutschen Staates

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

In dieser Woche traf sich zum ersten Mal in Ost-Berlin eine Vertretung der AsF mit den Frauen, die an erster Stelle in der DDR für Frauen und Frauenfragen zuständig sind: Der Kandidatin des Politbüros und Sekretärin des Zentralkomitees der SPD, Inge Lange, und der Vorsitzenden des Demokratischen Frauenbundes, Ilse Thiele.

Die Eindrücke eines so kurzen Besuches sind sicher stärker geprägt von dem Hintergrundwissen, das man als Politikerin in der Bundesrepublik über die DDR angesammelt hat, als von originären Informationen aus der DDR. Und mindestens so interessant wie die Eindrücke aus der DDR sind die Fragen hier.

Wir haben natürlich über Frieden und Abrüstung gesprochen. Der Wunsch nach Fortführung der Entspannungspolitik und die Einsicht in die Notwendigkeit, weiter im Gespräch zu bleiben, damit es nicht zur tödlichen Konfrontation der Blöcke komme, war für beide Seiten der eigentliche Motor, die Gespräche jetzt zu führen und weitere Kontakte zu vereinbaren.

Dennoch war der Hauptdiskussionspunkt die Situation der Frauen in den beiden Teilen Deutschlands. Um es vorweg zu nehmen: Beide Seiten haben sehr offen dargelegt, daß es noch Mängel gibt, und zwar erhebliche Mängel in der Gleichstellung der Frau. Dennoch wurde auch sehr deutlich, daß die Gleichstellungspolitik der Bundesrepublik eher von der DDR lernen kann als umgekehrt. Allein eine solche Feststellung scheint in der Bundesrepublik Alarmglocken schrillen zu lassen. Ein Urteil über die DDR muß offensichtlich für jeden Politikbereich "ausgewogen" sein, daß heißt jedem Lob muß Tadel gegenüberstehen. Entspricht eine solche Erwartung eigentlich einem soliden Selbstbewußtsein von Menschen, die selbstverständlich auf dem Boden des Grundgesetzes der Bundesrepublik stehen? Ich für meinen Teil nehme mir die Freiheit, das politische System der DDR abzulehnen und dennoch von dem Lernen zu wollen, was ich für fortschrittlich und auf unser System übertragbar halte.

Es entspräche zweifelsohne weit mehr dem Verfassungsgebot des Grundgesetzes, wenn wir im Deutschen Bundestag statt mit zehn Prozent Frauen mit 31,5 Prozent Frauen vertreten wären, wie in der Volkskammer der DDR. Daß auch demokratische Gesellschaften solche Ziele erreichen können, zeigt zum Beispiel Schweden. Es wäre auch eine Erfüllung unserer Verfassung, wenn - wie in der DDR - 90 Prozent der Mädchen eine qualifizierte Berufsausbildung erreichen würden. Das Vorurteil, daß Mädchen zu dumm oder unbegabt seien, auch qualifizierte technische und naturwissenschaftliche Ausbildungsgänge zu absolvieren, wird durch die Ergebnisse derartiger Ausbildungsgänge in der DDR eindrucksvoll widerlegt. Und wenn bei uns 41 Prozent der Teilnehmer an freiwilligen Fortbildungskursen in Mikroelektronik Frauen wären, käme das einer Sensation gleich. Es würde aber den Erfordernissen unserer Wirtschaft entsprechen.

Man kann nicht so tun, als wären diese Frauen in der DDR nur zu ihrem Glück gezwungen worden. Die Mehrzahl scheint ihre Selbständigkeit und finanzielle Unabhängigkeit von ihrem Partner ebenso zu begrüßen, wie die zahlreichen Frauen, die sich in der Bundesrepublik in den letzten 15 Jahren stärker der Berufstätigkeit und gesellschaftlichem Engagement zugewandt haben.



Deutlich wird, daß zur Gleichstellung von Frau und Mann ein politisches und gesellschaftliches Klima geschaffen werden muß, das Frauen ermutigt, ihre Rechte auch wahrzunehmen. Dies gilt unabhängig vom politischen System. Wenn die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik nicht nach wie vor an grundgesetzwidrigen Leitbildern klebten, könnten auch wir in der Frage der Gleichstellung von Mann und Frau erheblich weiter sein und den Anschluß zum Beispiel an die skandinavischen Länder gefunden haben.

Daß konservative Leitbilder auch in der DDR nicht verschwunden sind, zeigt das Bewußtsein der Männer. Sie akzeptieren zwar theoretisch die Gleichstellung der Frau, die praktischen Folgerungen, nämlich die Übernahme von Familienpflichten, ziehen sie kaum. Das auch in der DDR beklagte "Paschatum" der Männer trägt nicht unwesentlich zu den hohen Scheidungsraten bei. Der Eindruck drängt sich auf, als ob fortschrittliche bundesrepublikanische Männer, die Gleichstellung der Frau mit ihren umfassenden Konsequenzen auch für ihr eigenes Leben besser begriffen hätten.

Die DDR sucht den Ausweg aus dieser Misere mit einer Stärkung der Schutzbestimmungen für Mutter und Kind und läßt so die Pflichten des Mannes erst einmal außen vor. Dieser Umweg ist uns in einer Konkurrenzwirtschaft verschlossen. Wir halten ihn aber auch nicht für richtig. Ohne die volle Einbeziehung der Männer in die Gleichstellungspolitik muß diese zum Scheitern verurteilt sein.

Weil die Umsetzung der Gleichstellungspolitik in beiden deutschen Staaten unterschiedlich aussieht und in Teilen auch aussehen muß, halten sowohl die DDR-Frauen als auch die SPD-Frauen es für notwendig, bei weiteren Kontakten die konkreten Schritte zur Gleichstellung und ihre Auswirkungen im jeweils anderen Teil des Landes genauer kennenzulernen.

(-/10.2.1984/ks/rs)

+ + +



**"Mut zur Sozialreform"**

Das verlangte einst die Sozialpolitik

Von Helmut Rohde MdB

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre, der ersten größeren Rezession der Nachkriegs-Wirtschaft, setzte Professor Schellenberg politische Warnlampen. Die Sozialversicherung war damals in finanzielle Turbulenzen geraten. Mancher ihrer Träger näherte sich der Liquiditätsgrenze. Am Ende einer ununterbrochenen CDU-Kanzlerschaft mehrten sich soziale Ungleichgewichte. Die Rentenversicherungs-Beiträge mußten um vier Prozent erhöht, Strukturveränderungen bei anderen Bereichen beschlossen werden.

Professor Schellenberg, damals SPD-Abgeordneter und führender Kopf deutscher Sozialpolitik, ließ aber keinen Zweifel daran, daß diese Korrekturen allein noch nicht die Fragen nach der künftigen Sozialpolitik beantworten würden. Der Rezessions-Schock hatte ihn nachdenklicher gemacht. Er drängte darauf, daß sie vorausschauenden Charakter annimmt, Sozialplanung wird. Die Sozialpolitik müsse ihre Methoden und ihre Handlungsfähigkeiten weiterentwickeln. Sie müsse sich über den Tag hinaus mit den Lebensverhältnissen der Menschen befassen, also mehr sein als Umverteilungs-Technokratie der Reichsversicherungsordnung. Gleichzeitig hat dieser Mann, übrigens auch glänzender Versicherungsmathematiker, Grundlagen für Finanzplanungen geschaffen, insbesondere in der Rentenversicherung. Er zeigte uns: Ohne ein politisches Empfinden für sozialökonomische Gleichgewichte lassen sich schwerlich sozialpolitische Ziele erreichen.

Gewissenhafte Prognosen sind an die Stelle politischer Spekulationen zu setzen. Das Volumen der direkten und indirekten Kosten des rechnerischen Sozialbudgets läßt gar keine andere Wahl. Soziale Sicherheit ist, so lernten wir bei Schellenberg, auf Dauer nur stabil zu halten, wenn in solchen sozialökonomischen Zusammenhängen gedacht wird. Sie kann nicht von einem Sommerloch und einem Haushaltsjahr zum anderen leben, nicht von der Hand in den Mund. Sie muß Generationsabschnitten gewachsen sein.

Anfang der 70er Jahre erschienen die ersten systematischen Sozialbudgets - übrigens nicht nur Zahlenkolonnen, sondern eher Bilanzen der Lebensverhältnisse. Gleichzeitig lagen langjährig angelegte Rentenbilanzen vor. Die CDU/CSU, die zwar ständig von wirtschafts- und sozialpolitischer Wechselwirkung spricht, hatte sich damals jedoch weniger den sozialökonomischen Zusammenhängen als vielmehr der Umverteilungsdemagogie zugewandt. Ihre zusätzlichen Milliardenforderungen entwickelten sich jenseits der Realität, ihre Umverteilungs-Rechnerei war abenteuerlich, ihre Fähigkeit zur Sozialplanung und zum Verstehen von Versicherungsbilanzen unterentwickelt. Nur eines interessierte sie: wie die Sozialpolitik als Objekt von Machtpolitik zu gebrauchen ist. Insofern ist es kein Wunder, daß inzwischen die Konsequenzen, die Schellenberg aus den Erfahrungen der ersten deutschen Rezession gezogen hatte, wieder zu verwelken drohen.

Heute sind die Träger sozialer Sicherung wieder von finanziellen Turbulenzen und von Defiziten bedroht. Die jährlichen Eingriffe des Bundes verschärfen die Lage, gefährden vor allem Substanz und Charakter sozialer Sicherheit. Seit Jahren werden Finanzdefizite von einem Versicherungsträger auf den anderen umgebucht. Inzwischen sitzt die Bundesregierung damit in der Sackgasse. Nun geht sie dazu über, den Gemeinden die Finanzprobleme der bundesweiten Sozialversicherung vor die Tür zu karren. Die Kürzung der Sozialleistungen des Bundes führt zum sprunghaften Ansteigen gemeindlicher Sozialhilfe. Betroffen sind dadurch nicht nur die Menschen, auch die Gemeinden, die ihre Investitionsaufgaben immer weniger erfüllen können.

In den 50er Jahren war noch sozialpolitisches Ziel, daß die Sozialhilfe künftig bei besonderen Lebenslagen der Menschen und Familien wirksam werden soll, als soziale Dienstleistung also, im Übrigen aber die sozialen Geldleistungen - wie Renten und



Unterstützungen - bundesweit als Versicherungs- und Versorgungsleistungen zu organisieren seien. Heute dagegen werden Sozialversicherungsleistungen unterspült, die Sozialhilfe wieder zu traditioneller Fürsorge hingedrückt. Aus einer sozialen Dienstleistung wird eine Letzte-Hilfe-Station an der Armutsgrenze gemacht.

In dieser Lage ist eine Besinnung auf Schellenbergs Anforderungen an Sozialplanung und finanzwirtschaftliche Vorausschau angezeigt. Und das heißt: Weg vom jährlichen Herumklempnern am sozialen Sicherungssystem, Schneisen hauen und sich dabei insbesondere den finanzwirtschaftlichen Fragen zuwenden. Diese lassen sich weder durch Umverteilungsdemagogie noch durch ein Herumkarren von Defiziten mehr verstecken. Wenigstens vier Sachverhalten - nach meiner Meinung - sieht sich die Politik gegenüber:

1. Es ist unmöglich geworden, die Erträge neuer Technologien künftig weiterhin aus der Sozialpflichtigkeit auszuklammern. Sozialversicherung kann nicht mehr allein auf arbeitnehmerbezogenes Beitragsrecht gegründet werden. Sonst werden ihre Finanzmiseren zum Dauerbrenner und die jährlichen Haushaltseingriffe ein Gewohnheitsakt. Das aber geht sozialpolitisch und beschäftigungspolitisch nicht. Man kann die dritte Industrierevolution nicht mit den Finanzierungsschlüsseln der ersten bestehen. Sozialpflichtigkeit muß mit dem Blick auf neue Produktionsweisen, neue Arbeitsstrukturen und im Hinblick auf die Erträge der Zukunftstechnologien neu definiert werden.
2. Die Umverteilung, vor allem in der sozialen Alterssicherung, kann nicht allein den Arbeitern und Angestellten aufgelastet werden. Auch andere Sozial- und Altersleistungen, wie zum Beispiel im öffentlichen Dienst, müssen auf Beiträge gegründet werden. Den Sinn für sozialökonomische Zusammenhänge kann man nicht nur Arbeitern und Angestellten abverlangen, er muß für die ganze Gesellschaft gelten.
3. Die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung verlangt nach Reform. Heute werden Arbeitnehmer von neuer Technologie verdrängt, gleichzeitig sparen die Betriebe dabei zu ihren Gunsten Beiträge an die Bundesanstalt für Arbeit ein. Mit solchen Widersprüchen kann ein Sozialversicherungssystem auf Dauer nicht leben. Ein neuer Beitragsschlüssel, gerechter gegenüber Arbeitnehmern, auch gegenüber lohnintensiven Klein- und Mittelbetrieben, muß diskutiert werden. Gleichzeitig hat der Staat Finanzpflichten bei Arbeitsmarktmaßnahmen zu erfüllen. Eine wichtige Frage ist schließlich, wie das ursprünglich für die Hochkonjunktur gedachte Kurzarbeitergeld zu Strukturhilfen für jene hart betroffenen Arbeitnehmer entwickelt werden kann, die vor allem in den Landschaften der alten Schornsteine in eine bedrängte Lage geraten sind.
4. Auch die Finanzverhältnisse der Krankenversicherungen werden sich zuspitzen. Die immer riesiger werdenden Industriebänder mit ihrem unaufhörlichen Arzneimittel- ausstoß und ihren steigenden Preisen können längst nicht mehr blauäugig wie Gesundheitsgaranten angesehen werden. Auch die Entwicklung von Honoraren, Pflegekosten und die inneren Verhältnisse in Krankenhäusern machen Sorgen. Ganze sogenannte "Anbieter"-Gruppen benehmen sich so, als hätten sie ein Monopol zum Geldschrank der Krankenversicherung. Auch hier sind Sozialplanung und sorgfältiger Umgang mit den Milliardensummen notwendig geworden. Sonst könnten wir noch so viel über Vorsorge und Vorbeugung reden, die Folgen des gegenwärtigen Anbietergebahrens würden uns überrollen.

Sozialplanung wird also im Blick auf die Inhalte sowie die Finanzierungs- und Handlungsmethoden wieder entscheidend für die Politik. Dr. Walter Auerbach, Staatssekretär in Niedersachsen und später im Bund, Mitstreiter von Ernst Schellenberg, hatte vor zweieinhalb Jahrzehnten seine damals berühmte Schrift "Mut zur Sozialreform" genannt. Das Wort "Mut" hat er mit Bedacht gewählt. Heute gewinnt man nicht selten den Eindruck, daß er den Umverteilungs-Technokraten abhanden gekommen ist.

(-/10.2.1984/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Am 10. und 11. Februar 1984 findet in Wien die Bundeshauptversammlung des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus statt. Diese Versammlung steht im Zeichen "50 Jahre 12. Februar 1934 - 12. Februar 1984 - Nie wieder Faschismus - Nie wieder Diktatur". Heinz Putzrath, Bundesvorsitzender der AvS spricht auf der Bundeshauptversammlung ein Grußwort, das wir nachstehend dokumentieren.

Heinz Putzrath: AvS verbunden mit österreichischen Freiheitskämpfern

Es gibt Parallelen zu den Ereignissen von 1933 in Deutschland und in Österreich 1934. Sie sind bedrückend. Aber es gibt einen gewaltigen und bedeutenden Unterschied. Als Dollfuß und seine Heimwehren begannen, die Demokratie zu zerströben und die österreichische Arbeiterbewegung in die Knie zu zwingen, wartete man nicht auf ein Zeichen von oben, das nie kam. Es kam nicht in Deutschland und es kam nicht in Österreich. Der Republikanische Schutzbund wehrte sich in Wien und an vielen anderen Orten gegen die Zerschlagung der Leistungen der Arbeiterbewegung, die sie so mühsam und vorbildlich geschaffen hat. Nicht kampflos wollte man den Faschisten die Republik preisgeben. Der 12. Februar 1934 ist daher sowohl ein Gedenktag, an den wir uns schmerzlich erinnern, an die Niederlage und all das Leid, was folgte, aber auch ein Tag, auf den die österreichischen Genossen stolz sein können; denn sie hatten im Gegensatz zu den Deutschen die Kraft und den Mut, sich zu wehren. Daß sie militärisch gegen eine erdrückende Übermacht unterlegen waren, ändert nichts daran, daß sie moralisch gesehen einen Sieg davon getragen haben.

Mindestens seit 1933 beschäftigt uns alle die Frage nach den Ursachen der Niederlage, die schließlich im Weltkrieg endete und so unendliches Unheil über die Menschheit brachte. Was hätte man tun müssen und zu welchem Zeitpunkt, um das zu verhindern? War es in Deutschland der sogenannte Preußenschlag am 20. Juli 1932, war es der 30. Januar 1933, wo sich die einst so mächtige deutsche Arbeiterbewegung hätte erheben müssen oder wurden nicht vielleicht schon zu Beginn der Weimarer Republik die Weichen falsch gestellt, als die Sozialdemokraten die Klassenstrukturen kaum veränderten? Es ist heute leicht oder zumindest leichter, darauf Antworten zu finden und Versäumnisse festzustellen, doch sollten wir uns nicht zu billigen Schuldzuweisungen hinreißen lassen.

Wer von uns durch die sozialistische Jugendbewegung und die vielfältigen kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung gegangen ist, wurde maßgeblich von ihnen geprägt. Es ist die Kraft dieses Erlebens, aus der wir geschöpft haben, die es vielen von uns erleichtert hat, die Last der Verfolgung, die Gefahren des Widerstands und die Existenz im Exil zu ertragen. Diese Kraft hat uns befähigt, unseren Überzeugungen treu zu bleiben. Das Risiko, das die Menschen im Widerstand gegen die Nazis und Faschisten eingingen, war hoch. Man riskierte sein Leben. Daher empfinden wir es als Beleidigung der Opfer, den Widerstandsbegriff für Protestaktionen im demokratischen Staat in Anspruch zu nehmen, wo es kein vergleichbares Risiko gibt.



Mit dem "Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus" sind wir vereint in der Erinnerung an den Widerstand gegen die Nazi-Diktatur. Wir sind mit Euch vereint in der Erinnerung an die Opfer der Verfolgung, die für die Freiheit kämpften und dafür sterben mußten. Wir sind mit Euch vereint in der Erkenntnis, daß ohne eine demokratische Grundlage eine sozialistische Bewegung nicht atmen kann. Die Erfahrung, die wir mit der Demokratie gemacht haben, hat uns aber auch gelehrt, daß sie selbstbewußt und verteidigungsbereit sein muß. Sie muß entschlossen sein, die Feinde von rechts und links energisch zu bekämpfen. Dafür, daß dies in Weimar nicht geschah, haben wir bitteres Lehrgeld zahlen müssen. Soweit man Erfahrungen vermitteln kann, wird es unsere Aufgabe bleiben, der heutigen Generation dies verständlich zu machen, damit sich die Schrecken der Vergangenheit nie wiederholen.

Liebe Genossinnen und Genossen, selbstverständlich haben wir uns immer wieder die Frage gestellt, hatte unser Widerstand einen Sinn? Laßt mich darauf mit einem Gedicht antworten. Es stammt von Hilde Monte, die 1914 hier in Wien geboren wurde und in der Emigration eng mit deutschen und österreichischen Gruppen zusammenarbeitete. Nach einem illegalen Grenzübertritt ist sie am 17. April 1945 bei einem Fluchtversuch bei Feldkirch/Vorarlberg erschossen worden. -

Das ist's, was dir im Leben Stärke  
und Zuversicht und Kühnheit gibt:  
Daß du's allein nicht bist, der Wahrheit,  
Gerechtigkeit und Freiheit liebt;

daß Tausende von Menschen kämpfen  
für das Ziel, das auch du erstrebst,  
daß Tausende von Menschen starben  
für das, was du kämpfend lebst.

Das ist es, was an schweren Tagen  
erneut dir Kraft und Mut verleiht:  
Daß andere gelten haben  
in unvergleichlich härterer Zeit;

daß keine Macht sie hindern konnte  
und keine Opfer und Gefahr,  
den schweren Kampf zu führen,  
der manchmal dann erfolgreich war.

Liebe Genossinnen und Genossen, die "Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten" in der Bundesrepublik fühlt sich mit Euch verbunden in herzlicher Solidarität und Freundschaft und wünscht Euch für Eure Arbeit, Kraft und Erfolg!

(-/10.2.1984/ks/rs)

+ + +

